Brüssel, 25. Oktober 2013

Newsletter der Europagruppe GRÜNE

Rückblick auf die Plenarsitzung in Straßburg

21. - 25. Oktober 2013

I. DIE THEMEN

	SEITE
- Europäische Datenschutzverordnung	2
- Kündigung des SWIFT-Abkommens	2
- Nachtragshaushalt für 2013	3
- Europäische Flüchtlingspolitik	3
- Regulierung von Medizinprodukten	4
- Festnahme von Greenpeace-Aktivisten	4
- Sonderausschuss: Organisierte Kriminalität	5
- Klimagipfel in Warschau	6

II. Termine

- Aktuelle Veranstaltungen der Europagruppe GRÜNE	7

I. Die Themen

Europäische Datenschutzverordnung

Bericht Jan Philipp Albrecht (Grüne/EFA, Deutschland)
„Verordnung zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Datenschutz-Grundverordnung)“

Ordentliche Gesetzgebung

Abstimmung im Innenausschuss (LIBE) am Montag, 21. Oktober

+++ Kontakt: Jan Philipp Albrecht MdEP, www.janalbrecht.eu **+++**

Hintergrund: Berichterstatter Jan Philipp Albrecht hat zu Jahresbeginn seine Vorschläge für die Position des Europäischen Parlaments zum Vorschlag der EU-Kommission für eine neue EU-Datenschutzgrundverordnung vorgestellt. Seitdem hat er mit den anderen Fraktionen Kompromisse verhandelt, die nun vom federführenden Innenausschuss fast einstimmig angenommen wurden. Jan Philipp Albrecht hat damit das Mandat, mit dem Rat der Mitgliedsstaaten in Verhandlungen einzutreten.
Ergebnis aus Grüner Sicht: Mit dem Mandat des Innenausschusses wird ein hoher und dem Internetzeitalter angemessener Datenschutzstandard für die gesamte EU angestrebt. So können sich Unternehmen zukünftig als Sitz nicht mehr den Mitgliedsstaat mit den niedrigsten Standards aussuchen. Es sollen europäische Regeln gelten, sobald Daten von EU-Bürgern verarbeitet werden – egal wo. Wer möchte, dass eigene Daten im Internet gelöscht werden, soll dieses Recht gegenüber Google, Facebook und Co. durchsetzen können. Die Nutzer sollen durch Logos einfacher informiert werden und bekommen das Recht, ihre Daten in gängigen Formaten auch wieder zur Verfügung gestellt zu bekommen. Die Daten werden nun auch vor Abfragen durch die USA und andere Staaten besser geschützt – sie dürfen nur noch auf der Grundlage von Rechtshilfeabkommen und Freigabe durch die Datenschutzbehörden an Drittstaaten weitergegeben werden. Nach diesem starken Signal des Parlaments muss der Ministerrat schnellstens seine Position festlegen, damit noch vor den Wahlen im Mai 2014 das endgültige Gesetz beschlossen werden kann.

> Artikel: Die europäische Datenschutzgrundverordnung in 10 Punkten

> Artikel: Chronik Grüner Initiativen zur Aufklärung der NSA-Affäre

> Pressemitteilung von Jan Philipp Albrecht

Kündigung des SWIFT-Abkommens

„Aussetzung des SWIFT-Abkommens infolge der Überwachung durch die NSA“
Resolution des Europäischen Parlaments

Abstimmung am Mittwoch, 23. Oktober

+++ Kontakt: Jan Philipp Albrecht MdEP, www.janalbrecht.eu **+++**

Hintergrund: Angesichts der Vorwürfe von Cyberangriffen der NSA auf den Bankendienstleister SWIFT, wird die entschiedene Missachtung des entsprechenden Abkommens deutlich. Fraktionsübergreifend haben Europaabgeordnete immer wieder massive Kritik an der Umsetzung und den unzureichend realisierten Datenschutzbestimmungen des Abkommens zur Weitergabe von Bankdaten an die US-Dienste geübt. Der Schutz der Grundrechte europäischer Bürger ist durch die

Überwachungsmaßnahmen der NSA grundsätzlich in Frage gestellt. Eine von Grünen, Sozialdemokraten und Liberalen gemeinsam vorbereitete Resolution zur Aussetzung des Abkommens wurde mit 280 gegen 254 Stimmen bei 30 Enthaltungen angenommen.
Bewertung aus Grüner Sicht: Die Grünen haben die massenhafte und anlasslose Übermittlung von Bankdaten europäischer Kunden an die US-Dienste und die jahrelange dortige Vorratsdatenspeicherung und Rasterung von Anfang an kritisiert. Die zusätzliche direkte Überwachung des SWIFT-Netzwerkes seitens der NSA stellt einen offenen Bruch des Abkommens dar und unterwandert die darin enthaltenen, ohnehin sehr schwachen, Datenschutzstandards für europäische Bürger. In der Resolution wird die Grüne Forderung eines rechtsverbindlichen transatlantischen Rahmenabkommens für den Schutz personenbezogener Daten unterstrichen. Die EU-Kommission wird in unserem Sinne aufgefordert, eindeutig Stellung zu beziehen, die Grundrechte der EU-Bürger gegenüber den USA zu verteidigen und den Vertrag mit sofortiger Wirkung auszusetzen.
> Pressemitteilung von Jan Philipp Albrecht

> Artikel: Chronik Grüner Initiativen zur Aufklärung der NSA-Affäre

---

Nachtragshaushalt für 2013

Abstimmung am Donnerstag, 24. Oktober

+++ Kontakt: Helga Trüpel MdEP, www.helga-truepel.de **+++**

Hintergrund: Das Europäische Parlament hat in dieser Woche mit großer Mehrheit den Nachtragshaushalt Nr. 6 angenommen. Die Mitgliedsstaaten werden zusätzliche Mittel in Höhe von 2,7 Milliarden Euro in den EU-Haushalt des laufenden Jahres einzahlen. Die Europäische Kommission, die das Budget der EU verwaltet, hatte auf die Sonderzahlungen gedrängt, um drohende Zahlungsausfälle zu vermeiden. Die zusätzlichen Gelder waren nötig geworden, weil die Mitgliedsstaaten der EU sich bislang geweigert haben, ihren Zahlungszusagen in voller Höhe nachzukommen. Mit seiner Zustimmung am gestrigen Donnerstag macht das Europäische Parlament den Weg für den Nachtragshaushalt Nr. 6 frei. Es hat aber gleichzeitig deutlich gemacht, dass weitere Sonderzahlungen unumgänglich sind, um die klaffenden Löcher im EU-Haushalt zu stopfen. Ein weiterer Nachtragshaushalt von 3,9 Milliarden wurde zur Vorbedingung für ein positives Votum des Parlaments zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU gemacht.
Grüne Position: Die Grünen haben sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Es steht außer Frage, dass die EU die Gelder dringend benötigt, um die drohende Haushaltskrise abzuwenden. Die nun verabschiedeten Sonderzahlungen sind aber völlig unzureichend, um die großen Haushaltslöcher auch nur annähernd zu füllen. Die gestrige Abstimmung hat der unsäglichen Politik der Flickschusterei, bei der Nachtragshaushalt auf Nachtragshaushalt folgt und die EU immer weiter in die finanzielle Schieflage gerät, ein weiteres Kapitel hinzugefügt. Deshalb hatten die Grünen vorgeschlagen, die Abstimmung auf eine Sondersitzung des Europäischen Parlaments zu diesem Thema zu verschieben, um die dringend benötige Gesamtlösung für die Zahlungsprobleme der EU zu finden. Die Parlamentarier müssen die Mitgliedsstaaten zu einem Kurswechsel drängen, um das Abdriften der EU in die Defizitunion zu stoppen.

Europäische Flüchtlingspolitik

Resolution
„Flüchtlingswellen im Mittelmeerraum, insbesondere die tragischen Ereignisse vor Lampedusa“

Abstimmung am Mittwoch, 23. Oktober

+++ Kontakt: Ska Keller MdEP, www.ska-keller.de **+++**
+++ Kontakt: Rebecca Harms MdEP, www.rebecca-harms.de **+++**

Hintergrund: Das Europaparlament hat erstmals seit Jahren eine fraktionsübergreifende Stellungnahme zur europäischen Flüchtlingspolitik beschlossen. Darin fordert es die Mitgliedsstaaten auf, mehr für die Rettung von schiffbrüchigen Flüchtlingen zu tun.
Grüne Position: Lampedusa muss ein Wendepunkt für Europa sein. Die Mitgliedsstaaten und die europäische Grenzschutzagentur „Frontex" müssen die Rettung von schiffbrüchigen Flüchtlingen endlich zu einer Kernaufgabe an den EU-Grenzen machen. Europa darf nicht länger wegschauen, wenn Flüchtlinge vor den Küsten sterben. Das Parlament fordert in seiner Resolution außerdem, dass Fischer und Kapitäne, die Flüchtlinge retten, dafür nicht mehr bestraft werden. Die europäischen Mittelmeerstaaten brauchen darüber hinaus deutlich mehr Unterstützung bei der Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen. Und vor allem muss die EU endlich legale Zugangsmöglichkeiten schaffen, damit Flüchtlinge und Migranten die EU sicher erreichen können. Die Grünen hätten sich dazu gerne Klartext gewünscht. Das war mit den Konservativen aber nicht zu machen.

> Pressemitteilung von Ska Keller und Rebecca Harms

Regulierung von Medizinprodukten

Bericht Dagmar Roth-Behrendt (S&D, Deutschland)
„Medizinprodukte"

Ordentliche Gesetzgebung, 1. Lesung

Debatte und Abstimmung am Dienstag, 22. Oktober

+++ **Kontakt: Rebecca Harms MdEP**, www.rebecca-harms.de +++

Hintergrund: Die Skandale der letzten Jahre um fehlerhafte Brustimplantate oder künstliche Hüftgelenke haben gezeigt, dass die europäische Gesetzgebung für Medizinprodukte unzureichend ist. Die Überarbeitung der entsprechenden Richtlinie soll den Umgang mit gefährlichen Medizinprodukten neu regeln. Bislang ist dafür, anders als für Medikamente, kein Zulassungsverfahren notwendig. Das Parlament forderte deshalb strengere Prüfungen von riskanten Medizinprodukten.
Ergebnis aus Grüner Sicht: Implantate und andere gefährliche Medizinprodukte müssen sicher sein. Zuverlässige Kontrollen und Prüfverfahren sind deshalb unabdingbar. Die Grüne konnten sich mit der Forderung für ein Verbot von gefährlichen (z.B. krebserregenden) Substanzen in Produkten, mit denen Patienten direkt in Kontakt kommen, durchsetzen. Leider fand sich jedoch keine Mehrheit für ein Zulassungsverfahren für Hochrisikoprodukte. Genauso bedauern die Grünen, dass die Forderung, innovative Produkte mit hohem Risiko nicht einfach auf den Markt zu bringen, sondern sie zunächst mit existierenden Behandlungen zu vergleichen, abgelehnt wurde. Somit wird nicht sichergestellt, dass neue Produkte auch einen zusätzlichen therapeutischen Nutzen haben.

> Pressemitteilung von Rebecca Harms

Festnahme von Greenpeace-Aktivisten

Mündliche Anfrage an die Europäische Kommission
„Festnahme von Greenpeace-Aktivisten in Russland"

Debatte am Mittwoch, 23. Oktober

+++ Kontakt: Rebecca Harms MdEP, www.rebecca-harms.de **+++**

Hintergrund: Am 18. September wurden 28 Greenpeace-Aktivisten und zwei Fotojournalisten während einer friedlichen Protestaktion gegen eine Ölplattform von Gazprom in der Arktis verhaftet. Es handelt sich dabei um die erste Bohrinsel, die in den arktischen Gewässern den Betrieb aufgenommen hat. Greenpeace wollte mit seiner Protestaktion mit dem Schiff „Arctic Sunrise" auf die Gefahren aufmerksam machen, die der Arktis durch diese Aktivitäten drohen. Die Aktivisten sitzen in Murmansk in Untersuchungshaft und wurden mittlerweile wegen Piraterie angeklagt. Sowohl internationale Abkommen als auch die russische Gesetzeslage beschreiben Piraterie jedoch als einen Angriff auf ein Schiff zur persönlichen Bereicherung der Piraten, der unter Androhung oder Anwendung von Gewalt stattfindet. Nichts davon trifft auf den Fall des friedlichen Greenpeace-Protests zu.
Grüne Position: Die Grünen fordern die sofortige Freilassung der Aktivisten und dass alle Strafvorwürfe gegen sie fallen gelassen werden. Russland muss die Versammlungsfreiheit respektieren - genauso wie das Recht, auf Umweltgefahren aufmerksam zu machen, die durch die Ölförderung in der Arktis drohen. Der Europäische Auswärtige Dienst muss den Inhaftierten rechtlich zur Seite stehen. Außerdem müssen die EU-Institutionen die Niederlande in ihrem Streitschlichtungsverfahren („Arbitrage") gegen Russland zur Freigabe der „Arctic Sunrise" und der Freilassung der Besatzung unterstützen.

> Pressemitteilung von Rebecca Harms

> Plenarrede von Rebecca Harms

Sonderausschuss: Organisiertes Verbrechen

Bericht Salvatore Iacolino (EVP, Italien)
„Organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche"

Initiativbericht

Debatte am Dienstag, 22. Oktober
Abstimmung am Mittwoch, 23. Oktober

+++ Kontakt: **Jan Philipp Albrecht MdEP**, www.janalbrecht.eu +++

Hintergrund: Eine bessere Zusammenarbeit europäischer Strafverfolgungsbehörden und gemeinsame Regeln gegen Menschenhandel, Steuerflucht, Betrug und Geldwäsche sind die Wegmarken, die der Sonderausschuss zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Korruption und Geldwäsche (CRIM) mit seinem Abschlussbericht setzt. Ausdrücklich fordert der Bericht, Steuersätze in der EU anzugleichen, um Steuerbetrug entschieden entgegenzutreten. Die Grünen konnten klare Aussagen zu Verfahrens- und Grundrechten durchsetzen. Der Sonderausschuss hat im März 2012 seine Arbeit aufgenommen, mit der Abstimmung über den Abschlussbericht hat er seine Arbeit beendet.
Ergebnis aus Grüner Sicht: Eine Mehrheit der Abgeordneten unterstützte die Initiative der Grünen Fraktion, die Forderung nach einem EU-Fluggastdatensystem aus dem Abschlussbericht zu streichen. Daher haben die Grünen für den Abschlussbericht gestimmt. Menschenhandel, Zwangsarbeit und Steuerbetrug dürfen in der EU kein Geschäftsmodell sein, ihre Bekämpfung muss absolute Priorität haben. Grenzüberschreitende Kriminalität können wir aber nicht mit Überwachung von Fluggästen bekämpfen, sondern mit verbesserter Zusammenarbeit von Polizei und Justiz sowie gemeinsamen europäischen Strafverfahrensregeln. Nun liegt es an den Mitgliedsstaaten, die Prioritäten neu zu setzen und verbindliche gemeinsame Verfahrensstandards für die Kriminalitätsbekämpfung zu verabschieden.

> Plenarrede von Jan Philipp Albrecht

> Pressemitteilung von Jan Philipp Albrecht

Klimagipfel in Warschau

Anfrage an die Europäische Kommission

mit Resolution

Debatte am Montag, 21. Oktober
Abstimmung am Mittwoch, 23. Oktober

+++ Kontakt: Rebecca Harms MdEP, www.rebecca-harms.de **+++**

Hintergrund: Vom 11. bis 22. November findet in Warschau der 19. Klimagipfel (COP19) statt. Das Parlament verabschiedete dazu in dieser Woche eine Resolution. Der Umweltausschuss unterstrich in seiner Vorlage für das Plenum, dass bis zum entscheidenden Klimagipfel 2015 in Paris noch wichtige Fortschritte notwendig sind, um dort ein neues internationales Klimaabkommen abschließen zu können, das die Begrenzung des Klimawandels auf 2 Grad zum Ziel hat. Hier wurde vor allem die Verantwortung der EU hervorgehoben, eigene ehrgeizige Ziele zu setzen. Durch die konservativ-liberale Mehrheit wurden allerdings insbesondere die Passagen, die eine ehrgeizige EU-Klimapolitik forderten, im Plenum deutlich abgeschwächt.
Ergebnis aus Grüner Sicht: Ehrgeizige EU-Klima- und Energieziele sind notwendig, um die EU erneut zur Vorreiterin in den Klimaverhandlungen zu machen. Sie sind aber auch im Interesse der EU selbst. Innovationen in diesem Bereich sichern langfristig Arbeitsplätze, reduzieren unsere Abhängigkeit von teuren Energieimporten - und spätestens seit dem Stern-Bericht ist bekannt, dass Klimaschutzmaßnahmen heute günstiger sein werden als der Kampf gegen den Klimawandel und seine Folgen zu einem späteren Zeitpunkt. Das Klimaziel von 20 Prozent für 2020 ist längst überholt. Wir haben es bereits erreicht - und der Emissionshandel siecht wegen eines Milliardenüberschusses an Zertifikaten dahin. Die Konservativen müssen ihre Klimablockade endlich aufgeben.

II. Aktuelle Veranstaltungen der Europagruppe GRÜNE

20 Jahre russische Verfassung. Symposium mit Werner Schulz, MdEP.
25. Oktober, Berlin.
mehr

Diskussion zur EU-Flüchtlingspolitik. Mit Ska Keller, MdEP.
25. Oktober, Brandenburg an der Havel.
mehr

Rechtsrum- Wie begegnet Europa anti-demokratischen Tendenzen? Diskussion u.a. mit Jan Philipp Albrecht, MdEP.
26. Oktober, Stuttgart
mehr

Prague and Berlin on a new EU Course? The EU policy of the Czech Republic and Germany after their respective parliamentary elections.
Organisiert von HBS Praha, iir, Europeaum, u.a. mit Rebecca Harms, MdEP.
30. Oktober, Prag.
mehr

Media Freedom – A European fundament right at risk?“ Konferenz von HBS, CEU und der School of Public Policy, u.a. mit Rebecca Harms, MdEP.
31. Oktober, Budapest.
mehr

EU-Bürgerdialog: Europas Antwort auf die Finanz- und Schuldenkrise. Mit Sven Giegold, MdEP.
31. Oktober, Wiesbaden.
mehr

Taumeln von Krise zu Krise – Wie „alternativlos“ ist die europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik?
Vortrag und Diskussion mit Sven Giegold, MdEP.
1. November, Imshausen.
mehr

Europäische Mobilitätspolitik, Workshop auf dem Bundeskongress der Grünen Jugend mit Michael Cramer, MdEP.
2. November 2013, Gelsenkirchen.
mehr

Bundeskongress der Grünen Jugend. u.a. Podiumsdiskussion mit Ska Keller, MdEP.
2. November, Gelsenkirchen.
mehr

Europäische Gespräche: Mauern im Kopf? Europa im Spiegel seiner Öffentlichkeit(en). Vortrag und Diskussion mit Helga Trüpel, MdEP, und Jens Bisky, Süddeutsche Zeitung.
3. November, Bremen.
mehr

Visionen für Eisenbahnen in Europa und Japan. Ein internationaler Gedankenaustausch mit Michael Cramer, MdEP.
5. November, Brüssel.

Vorfahrt für KMU. Vortrag von Elisabeth Schroedter, MdEP, auf der Informationsveranstaltung der IHK zum europäischen Binnenmarkt.
6. November, Schwerin.
mehr

Förderung und Entwicklung des ländlichen Raums. Diskussionsrunde des Europe Direct Informationszentrums Potsdam mit Elisabeth Schroedter, MdEP.

7. November, Bad Belzig.
mehr

30-Jahrfeier des Instituts für Rechtsinformatik der Leipniz Universität. Keynote von Jan Philipp Albrecht, MdEP.
8. November, Hannover.
mehr

Der Aktuelle Verhandlungsstand zur Reform der Europäischen Strukturfonds 2014-2020. Eine Informationsveranstaltung für Wirtschafts- und Sozialpartner von Elisabeth Schroedter, MdEP.
8. November, Berlin.
mehr

Council der Europäischen Grünen Partei.
8. – 10. November, Brüssel.
mehr

Wie nachhaltige Landwirtschaft aussehen könnte, und warum wir sie noch nicht praktizieren. Vortrag von Martin Häusling, MdEP.
9. November, Potsdam.
mehr

Europäische Staatsanwaltschaft. Podiumsdiskussion der Bundesrechtsanwaltskammer mit Justizministerin Niewisch-Lennarzt und Jan Philipp Albrecht, MdEP (u.a.).
12. November, Brüssel.
mehr

Europa spezial. Sondermitgliederversammlung von Bündnis 90 / Die Grünen KV Düsseldorf, mit Sven Giegold MdEP und Stefan Engstfeld MdL.
12. November, Düsseldorf.
mehr

Europäische Energie- und Klimaziele im Spannungsfeld zwischen europäischen Vorgaben und nationalen Alleingängen. BDEW-Jahresabend mit Paneldiskussion, u.a. mit Rebecca Harms, MdEP.
12. November, Brüssel.
mehr

Recht auf Bildung für Mädchen. Veranstaltung mit Barbara Lochbihler, MdEP, zum Sakharov-Preis.
14. November, München.
mehr

Landgrabbing: Investition gegen Hunger oder moderner Raubzug? Podiumsdiskussion mit Ska Keller, MdEP u.a.
15. November, Halle (Saale).
mehr

Europa im Lokalteil? Workshop zu Fakten, Strategien, Recherchetipps rund um die EU für Regionaljournalist/innen. Mit Reinhard Bütikofer, MdEP, u.a.
15. November, Rostock.
mehr

Die EU, Ukraine und Russland im Schatten des Vilnius-Gipfels. Workshop mit Werner Schulz, MdEP.
15. November, Berlin.
mehr

Frauen in bewaffneten Konflikten und Kriegsgebieten. Veranstaltung mit Barbara Lochbihler, MdEP, zum Tag gegen Gewalt gegen Frauen.
17. November, Kaufbeuren.
mehr

NRW Nachhaltigkeitskonferenz - Zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen 2030.

Mit Reinhard Bütikofer, MdEP, u.a.
18. November, Düsseldorf.
mehr

20 Jahre Notaufnahmelager Marienfelde. Eine Jubiläumsveranstaltung der Erinnerungsstätte mit Michael Cramer, MdEP.
19. November, Berlin.
mehr

Meine Daten gehören mir - Datenschutz in Zeiten von PRISM und Tempora. Europäische Gespräche mit Heide Rühle, MdEP, und Jan Philipp Albrecht, MdEP.
21. November, Stuttgart.
mehr